Bayerns Wirtschaftsminister zu der vorgestellten Konjunkturprognose der Wirtschaftsforschungsinstitute

14. Oktober 2021

MÜNCHEN Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger nimmt die aktuellen Lieferengpässe bei vielen Rohstoffen und Vorprodukten sehr ernst: „Die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute haben heute ihre Herbstprognose für das Wirtschaftswachstum 2021 von 3,7 auf 2,4 Prozent nach unten korrigiert. Das zeigt, wie stark die aktuellen Lieferengpässe die Nachkrisen-Erholung verzögern. Die Lieferengpässe haben auch einen preistreibenden Effekt, der durch die Verteuerung von Rohstoffen noch verstärkt wird und der die Nachfrage dämpft. Gerade das verarbeitende Gewerbe ist von den Lieferengpässen stark betroffen. Dies hat auch eine nachlassende Investitionsbereitschaft zur Folge."

Aiwanger weiter: „Die derzeitigen Engpässe sind ein globales Problem, dem sich auch die bayerische Wirtschaft nicht entziehen kann. Weltweit haben nach Monaten des Corona-Stillstands die Volkswirtschaften schneller als erwartet wieder angezogen – während Lieferanten ihre Produktion noch gedrosselt hatten und viele Frachtschiffe stilllagen. Das führt dazu, dass einer hohen Nachfrage vorübergehend nur ein beschränktes Angebot gegenübersteht. In der Folge steigen die Preise. Frühestens zu Jahresbeginn 2022 erwarten Experten wieder eine Normalisierung der Lage."

Der Freistaat kann auf die aktuellen, globalen Gütermarktentwicklungen nur wenig Einfluss nehmen. „Es ist daher umso wichtiger, die hausgemachten Preistreiber zurückzufahren," sagt Aiwanger. „Die Energiepreise werden durch Umlagen und Steuern verteuert, hier muss die Bundesregierung endlich Entlastung schaffen. Zudem sind noch entschiedenere Schritte zur Verbrauchsreduzierung, für mehr Effizienz und zur Förderung der Kreislaufwirtschaft notwendig."

Auch der Freistaat wird aktiv, so Aiwanger: „Was wir in Bayern tun können, machen wir. Das reicht vom Runden Tisch Holzwirtschaft im Mai, um die Materialknappheit im Baubereich in Griff zu kriegen. Letzte Woche führte ich Branchengespräche zum Chipmangel. Hier ist es wichtig, dass wir gemeinsam mit der EU und der neuen Bundesregierung bei den IPCEIs vorankommen. Diese strategischen Förderprojekte der EU-Kommission stellen einen wichtigen Weg dar, um die technologische Souveränität weiter zu stärken. Grundsätzlich müssen wir als rohstoffarmes Land versuchen, mit Hightech und Knowhow zu punkten. Daher ist unsere einzigartige Technologieoffensive Hightech Agenda ein wichtiger Baustein, um neue Innovationsimpulse zu setzen."

Dr. Patrik Hof

Stv. Pressesprecher

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers